

# Kommunist

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis bei Cassa monatlich 21,50 RM. Durch die Post monatlich 21,50 RM, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: A. Geisler, Halle 11, Marktstraße 14. Jenaer 1047 u. 2251. Gestaltet 7-8 Uhr. Schriftleitung: Jenaer 1045. Erscheinungstag 12-1 Uhr.

Der Bezugspreis beträgt 200 RM. Die Berlinerische Halle und Spalte: 700 RM. Die Zeitschrift, einschließlich der bezugsfreien Zeitschriften, Ausgaben bis vorläufig 9 Uhr abends, größere tags vorher. — Postfachnummer: Leipzig 1008 63. Postfach, Halle

Einzelpreis 1 Mark

Sonntag, den 27. Mai 1922

2. Jahrgang. Nr. 122

## Wer hat den Aufmarsch zur Einheitsfront gesprengt? — Herunter mit der Last!

Während die Scheidemänner mit einem unübertrefflichen Zynismus den Zerfall der Komintern und die Unmöglichkeit den Arbeiter-Weltkongress sofort einzuberufen preisen, hat sich aber in Berlin ein anderer, nicht weniger gefährlicher Doppelspiel fortgesetzt. In einem Auftrage an die „Arbeiter aller Länder“ (so ist es zu verstehen, daß auch die „Arbeiter aller Länder“ in dem Zusammenhang der Komintern) trägt die Arbeiterfront die Aufgabe die Bildung der Einheitsfront ebenso geordnet hat, als der offene Widerstand der Sozialdemokraten. Die Delegation der kommunistischen Internationale beauftragt diese Aufgabe in ihrem Auftrage mit großer Klarheit:

Wenn die 2. Internationale als Grund für die Nichtabberufung des Arbeiter-Weltkongresses die Kräfte angibt, die wir an den sozialdemokratischen Parteien gehabt haben und haben werden, so bedeutet es, daß die 2. Internationale von den Kommunisten fordert, sie sollen sich unterwerfen der Herrschaft der sozialdemokratischen Generalrats und Parteiführer, sie sollen verzichten auf jeden Kampf um ihre eigenen Ideale, um die Ideale, für die Kämpfer, Karl Liebknecht und Thälmann kämpften, um Arbeiter in Russland, in Deutschland und in allen Ländern und für die Millionen von Arbeitern in der ganzen Welt kämpfen. Wenn die 2. Internationale den Kongress abhängig macht davon, daß die Sowjetregierung den Weltkongress freihändig zur Organisation von Aufständen gibt, so bedeutet dies die völlige Kapitulation der Sowjetregierung vor den Absichten der französischen Imperialisten, der jetzt als der Verteidiger der Weltfront auftritt.

Diese Forderungen, die eine eigenartige Zumutung an den gesamten Weltkongress sind, wurden aufgestellt im Namen des Gesandten zu den Bestimmungen der Berliner Konferenz, die die bedingungslose Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses beschloß. Es ist selbstverständlich, daß die Delegation der kommunistischen Internationale diese Zumutung ohne weiteres abgelehnt hat. Die kommunistische Internationale hat nicht nur die Verpflichtungen erfüllt, die ihre Vertreter in Berlin übernommen hatten, sondern die russische Sowjetregierung hatte darüber hinaus Zugeständnisse gemacht. Während sich die Delegation der kommunistischen Internationale zur Berliner Konferenz verpflichtet hatte, für die Zulassung des ehemaligen königlichen belgischen Ministers Vandervelde als Verteidiger zum Prozeß der SA einzutreten, hat die Sowjetregierung auf Verlangen der kommunistischen Internationale fünf weitere sozialdemokratische ausländische Rechtsanwälte zum Prozeß in dem nämlichen Angelegenheit zugelassen, um der sozialdemokratische Vertreter der kommunistischen Internationale organisiert, um es ihm unmöglich zu machen, den belgischen kommunistischen Arbeiter Bericht zu erstatten über die Lage der Berliner Konferenz und die Fragen der Einheitsfront.

Anstatt der demagogischen Behauptungen der Vertreter der 2. Internationale, die kommunistische Internationale fordere den Arbeiter-Weltkongress nur, um das Weltproletariat vor den Wogen der Außenpolitik Sowjet-Russlands zu sparen, erklärte sich die kommunistische Internationale auf Antrag der kommunistischen Partei Russlands bereit, darauf zu verzichten, daß die Frage der Verteidigung Sowjet-Russlands auf die Tagesordnung des Arbeiter-Weltkongresses gestellt werde. Verteidigt wenigstens das nackte Leben, das Millionen von proletarischen Arbeiter, und auch dann will die kommunistische Internationale mitarbeiten und diese Verteidigung gemeinsam organisieren!

Als dies wurde tauchen Ohren erregend. Die 2. Internationale wollte den Arbeiter-Weltkongress unter keinen Umständen. In Deutschland stehen große Kämpfe um die Verteilung der neuen Steuerlasten. Die wachsende Verteuerung aller unentbehrlichen Waren droht zu großen wirtschaftlichen Krisen. In dieser Situation will die Sozialdemokratie, solle es was es wolle, das Bündnis mit der Bourgeoisie aufrecht erhalten, und sie fürchtet, daß — falls sie auf einem Arbeiterkongress erscheinen würde — sie durch die Einheitsbewegung des Proletariats genötigt werden könnte, die Einheitsfront mit der Bourgeoisie zu schließen, welche die englische Arbeiter Partei in London und nach denen sie in dieser oder jener Form mit der Liberalen zusammengehen will. Dieser Anwendung mit der Bourgeoisie würde natürlich eine Annäherung an die kommunistischen Arbeiter im Wege liegen. So sehen die Dinge auch in anderen Ländern aus.

Der 2. Internationale sollte sofort die sogenannte Internationale zu Hilfe. Statt die 2. Internationale daran zu erinnern, daß die Berliner Konferenz die schließliche Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses ohne jede Bedingungen beschlossen hat, daß so die Aufstellung von irgendwelchen Bedingungen seitens der 2. Internationale einen glattenbruch der untergeordneten Abkommen bedeutet, hat die Wiener Internationale die Forderung gemacht, daß die 2. Internationale der Kongress unmöglich gemacht worden sei. Nicht genug damit, daß wieder auf diese Weise den Kampf der kommunistischen Delegation für die Durchführung der Berliner Beschlüsse auf eine Stufe mit dem Kampf der 2. Internationale gegen die Berliner Beschlüsse gestellt wird, wird er, um seine Wirkung zu vergrößern, von Angehörigen der Berliner kommunistischen Internationale, die die Einberufung des Kon-

gresses erschweren. Und dies, obwohl er wissen mußte, daß die Exekutive der kommunistischen Internationale einstimmig die Verteilung von Berlin ratifiziert hat. Und am Schluß der Sitzung erlaube er sich sogar anzudeuten, die Kommunisten seien jetzt gegen den Arbeiter-Weltkongress, weil die Sowjetregierung vor einem Kompromiß mit der Entente liege und sich nicht behörden lassen wolle durch einen Arbeiter-Weltkongress. Diese schamlose Unterstellung schlägt allen Tatsachen ins Gesicht, die jedem Leser bekannt sind, die jedem Leser zeigen müssen, daß Sowjet-Russland sich jetzt in einem der schwersten Stadien des Kampfes gegen die kapitalistische Welt befindet. Diese Unterstellung war nur ein Vorwand für die Absicht, die Komintern zu zerlegen, die 2. Internationale. Einen Tag nach dem Zerfall der Komintern schreibt schon die unabhängige „Freiheit“ mit eiserner Stimme:

„Den Kommunisten lag nichts mehr an dem Arbeiter-Weltkongress, nachdem der Burgfrieden zwischen dem bolschewistischen Russland und den Ententestaaten abgebrochen war.“

Der so begonnene Burgfrieden soll nur die Lasten verteilen, daß am 21. Mai in Brüssel zwischen der französischen sozialistischen Partei, die der 2. Internationale angehört und der Labor Party in England, wie der belgischen Arbeiterpartei, die Führer der Parteien der 2. Internationale, ein Abkommen geschlossen worden ist zwecks gemeinsamer Einberufung eines Weltkongresses der reformistischen und halbreformistischen Parteien im Haag.

Im ganzen Reich sabotieren die Unabhängigen die Vorbereitungen für den Arbeiter-Weltkongress. In Berlin schenkt die Reichsregierung der KPD zu einer gemeinsamen Rundgebung ab. Ebenso in Halle, wo sie eine bereits einberufene Versammlung sabotieren, weil die Kommunisten eine gemeinsame Resolution für den Arbeiter-Weltkongress verlangen. Das war die „praktische Arbeit“ der KPD für die Einberufung des Kongresses.

Selbst in den Reihen der Unabhängigen wird es klar, daß die Zweideutigkeit ihrer Politik den Zusammenbruch der Komintern herbeiführen würde. So schreibt „Freiheit“, der prominente Außenminister der KPD in seinem „Sozialist“ Nr. 14:

„Nicht weil die Zweite Internationale über Versailles und Genoa anders dachte als die Dritte, ist in Berlin ein so lächerliches Resultat erzielt worden, sondern weil sie von Anfang an den Kommunisten mit dem denkbar größten Mißtrauen gegenüberstand und weil sie, kurz gesagt, gänzlich nur geringe Wirkung hatte, mit ihnen in irgendeiner Form gemeinsame Sache zu machen.“

Wir mögen diese Einstellung beharren, aber es mußte mit ihr gerechnet werden. Die Zweite Internationale hatte ihre Bedingungen im Voraus angekündigt und diese Bedingungen haben sie aus, daß eine Erklärung durch die Kommunisten unvermeidlich erschien. Die Bemerkungen der Wiener Arbeitergemeinschaft hatten um so weniger Aussicht auf Erfolg, als sie es war abzulehnen, die Erfüllung der Forderungen der Großen von rechts zur Voraussetzung ihrer Beteiligung an dem Kongress zu machen, die Forderungen jedoch aber im großen und ganzen zu den übrigen machten.“

Dies galt für die Berliner Konferenz. Ebenso gilt es für das Verhalten der Zweite Internationale gegenüber der Komintern. Nun kann die Partei nur antworten:

**Wider die Einheitsfront von unten auf!**  
Die Beratung der Betriebsratsdelegationen in Berlin zeigt der Arbeiterfront Deutschlands den richtigen Weg.  
Und die Delegation der kommunistischen Internationale ruft ihr zu:

Die Lösung des Arbeiter-Weltkongresses wird die Lösung des weiteren Kampfes sein! Aber die Erfahrungen dieses ersten Versuches der Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses haben gelehrt, daß damit er möglich wird, es notwendig ist, den Widerstand der sozialdemokratischen Parteien in England und in diesen Ländern in praktischen täglichen Kämpfen die Arbeitermassen ohne Rücksicht auf die lange Parteilange überbrückt zusammenzuführen zu einer Einheitsfront, die sich dann über alle Länder erstrecken wird.

**Nur zum Kampf für die proletarische Einheitsfront und den Arbeiter-Weltkongress!**

**Wider mit der Einheitsfront der Sozialdemokraten und der Bourgeoisie!**

**Nur zum Kampf gegen die Führer der 2. Internationale, die Jesuiten der Arbeiterfront!**  
Wider die Einheitsfront von unten auf!

## Der italienisch-russische Handelsvertrag

Nach einer Meldung aus Genua ist dort das italienisch-russische Handelsabkommen unterzeichnet worden. Der Vertrag bedeutet die Erneuerung eines älteren russisch-italienischen Abkommens, dessen Ausführung aber bisher durch gewisse Hindernisse gehemmt worden war. Der neue Vertrag in Genua bedeutet einen erheblichen Erfolg der Sowjetregierung. Nach dem bestellten, den Sanktionen überlieferten russland nur ein direktes Handelsverhältnis mit der Sowjetregierung, trotz der Vorgänge auf der Konferenz von Genua. Der Weg der Sonderabkommen, den Sowjet-Russland mit dem Papstvertrag betreten hat, wird nun erfolgreich weitergeführt.

## Die Krise der Regierung Wirth

Der Plan für den Steuerhaushalt

In Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichsfiskus, dem Finanzminister Hermes und dem Außenminister Rathenau hat man versucht, eine Lösung der lästigen Differenzen innerhalb des Reichskabinetts zu finden. Man war sich darüber klar, daß bei der Kürze der Frist bis zum 31. Mai eine Desorganisation der Abmachungen des Ministers Hermes in Paris nicht mehr möglich war. Infolgedessen wurde, vor allem auf Verlangen des Reichspräsidenten, ein Vermittlungsvorhaben angenommen, der dahingehend, daß zwar die Abmachungen in den bereits gemeldeten Sinne, nämlich einer Fixierung der schwebenden Schuld nach dem Stande vom 31. März 1922, der Deduktion aller die Schuld überschreitenden Ausgaben durch neue innere Anleihen und bei gesondelter Ueberführung durch neue Steuern, bestehen bleiben, daß in diese Abmachungen jedoch eine Klausel eingefügt wird, die besagt, daß bei besonders starken Erschütterungen der deutschen Wälua und bei besonders hohen Schwankungen des Dollarkurses der Termin vom 31. März 1922 noch nicht als endgültig angesehen ist. In diesem Sinne werden die Verhandlungen mit der Reparationskommission wieder aufgenommen werden. Das Kabinett ist zurzeit bemüht, durch Besprechungen mit den Parteiführern festzustellen, welche Mehrheit im Parlament für die Abmachungen mit der Reparationskommission gefunden werden kann. Die Bewilligung der grundrühlichen Forderungen der Reparationskommission vor dem entscheidenden 31. Mai durch die Einsetzung der Staatsbetriebe, durch die Zulage an Frankreich, ungeachtet Milliarden neuer Steuern zu erheben: das ist der Kern und der Erfolg der Hermesreise nach Paris, das ist der Sinn der Krise im Kabinett Wirth.

Nicht um persönliche Gegenstände handelt es sich, nicht darum, ob die Krise des Herrn Dr. Hermes dem Herrn Josef Wirth nicht gefällt oder umgekehrt, sondern darum, daß der letzte Schritt der kapitalistischen Erfüllungspolitik getan werde, der die arbeitenden Massen außerpolitisch an den Imperialismus der Entente, inespolitisch an Stinnes anleiert.

Hermes will die Forderungen der Reparationskommission auf Bilanzierung des Reichshaushalts, auf Einhebung des Rotenbrot, auf neue Steuern erfüllen. Er hat in Paris verkündet:

- 1. durch Mehrerträge aus den bestehenden Steuern;
- 2. wenn diese nicht ausreichen, durch neue Steuern;
- 3. durch eine innere Anleihe gebildet werden.

Was das bedeutet, ist klar. Wie die 400 Milliarden schwebender Schulden durch die Mehrerträge der bewilligten Steuern auch nur annähernd gedeckt werden könnten, ist das Geheimnis des Herrn Hermes. Ganz unmöglich ist es aber, die täglich neu hinzukommenden Millionen an Sparanforderungen und Banknoten durch die vorhandenen Einnahmequellen des Reiches zu decken. Neben also die innere Anleihe und die neuen Steuern.

Die innere Anleihe ist die endliche Vermittlung des Kreditangebots der deutschen Industrie, ist die Einsetzung der Staatsbetriebe. Was dem freien Markt ist bei der Fehlschlag des verschuldeten Bank- und Industriekapitals gegen die öffentlichen Betriebe eine Anleihe von nominellen zum Scheitern verurteilt. Eine neue Anleihe bedeutet unter dem Regime des Herrn Hermes, der zu den Saboteuren der ersten gehört, höher am Widerstand der Großbourgeoisie, dem die Sozialdemokratie sich willig fügt. So kann das Reich eine Anleihe nur bekommen gegen die Verpfändung der Eisenbahnen und Staatsbetriebe an Stinnes und Co. Hermes, der Vertrauensmann der Deutschen Volkspartei im Zentrum, hat in Paris gut für das Schwertapital gearbeitet.

Dazu kommen die neuen Steuern: 60 Milliarden weitere Belastung des täglichen Massenbedarfs im Jahre zu den eben erst bewilligten Milliarden des Steuerkompromisses. Neues Hunger, neues Elend bringt Hermes aus Paris den deutschen Arbeitern mit.

Berlin, 24. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Reichsregierung befindet sich in einer schweren Krise. Der Grund dafür ist, daß Dr. Hermes sich in Berlin verpflichtet haben soll, für eine Einhebung der Rotenpresse zu sorgen, um die deutschen Finanzen zu bessern. Wirth, der dem linken Flügel des Zentrums angehört, ist der Meinung, daß dieses Verfahren die deutsche Wälua noch mehr verschlechtern wird. Außerdem bestehen zwischen Wirth und Hermes persönliche Differenzen. Höchst merkwürdig erscheint aber, daß die SPD und die KPD, den deutschen Finanzminister unterstützen. Der Grund dafür ist, daß die beiden Einheitsparteien es unter keinen Umständen mit der Entente verleben wollen, mit der Hermes jetzt vor dem Schluß steht. Als letzten Ausweg, um diesen Streit zu schlichten, hat man an Bergmann nach Paris telegraphiert, er möge versuchen, für den äußeren Fall den Druck neuer Noten durchzuführen. Gelingt das nicht, so werden sich die beiden Zentrumsmänner im Reichstag in den haaren Siegen oder einer Maß das Feld räumen und die Realisationshandeln kann von neuem beginnen. Vielleicht ist diesmal Realismus da.

# Der Kampf um die Einheitsfront von unten

## Eine Konferenz von Betriebsdelegationen aus dem Reich in Berlin

In der vergangenen Woche wurden in vielen Betrieben Delegations gewählt, die anlässlich der Tagung der Reiner-Kommision in Berlin die Forderungen der Arbeiter in den Betrieben vor der Reiner-Kommision selbst vertreten sollten.

Am Donnerstag, dem 25. Mai, hatten sich über 100, aus- besondere aus Mitteldeutschland, Delegations in Berlin ein- gefunden, obwohl die Reiner-Kommision bereits am Dienstag aus- aus- abgefahren waren. Anwesend waren Delegations aus Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland usw. Die Delegations legten sich zusammen aus allen politischen Parteien. Es waren vertreten kommunistische Delegierte, aber unabhängige und sozialdemokratische Delegierte. Daneben waren noch eine Reihe parteiloser Arbeiter und ein Arbeiter der KPD als Dele- gierte anwesend.

Auf Vorschlag einiger Delegierter wurde eine aus allen Par- teien zusammengesetzte Kommission gewählt, die sich an die sozial- demokratischen Vertreter der Reiner-Kommision, Wels, sowie an die Vertreter der Internationalen 2 1/2 wenden sollte mit einer Einladungs- in der Konferenz zu erscheinen. Wels weigerte sich, trotz mehrfacher Einladung durch die Genossen seiner eigenen Par- tei, in der Konferenz zu erscheinen. Geippen war unerschrocken und Dittmann erklärte seinen unabhängigen Parteigenossen, er könne nichts dafür, wenn es auf einen kommunistischen Parteitag (1) beruhen- sollte. Er lehnte es ab, zu erscheinen. Die Forderungen der Vertreter der Internationalen 2 1/2 wurden nicht nur von den Delegierten selbst mit Entschiedenheit und harten Widerstand aus- gesprochen.

Hierauf erstattete der Vertreter der kommunistischen Inter- nationale in der Reiner-Kommision, Genosse Hedert, einen aus- schließlich Bericht über die Diensttagung der Reiner-Kommision. Die Diskussion gefallte ihm sehr lebhaft, es nahmen an ihr Delegierte aller Parteien teil. Hedert hat sich für die Einheitsfront und die Entschiedenheit der Reiner-Kommision durch die Vertreter der 2. und 2 1/2. Internationale ausein- anderzusetzen.

Genossin Clara Zetkin ergänzte in der Diskussion den Bericht des Genossen Hedert. Sie wies die Anknüpfungen des „Vorwärts“ und der „Reichszeit“ auf die Internationalen hin und dem- entsprechend die Reiner-Kommision „hinaus“ und energisch und überzeugend zurück. Die Vertreter der Kommunisten in der Reiner-Kommision haben das weitaus Entgegenkommen gezeigt. Die kommunistische Internationale hat keinerlei Bedingungen gestellt, an die eine sofortige Einbindung des Reichsgebietes hätte geknüpft. Sie hat sich lediglich für die Einheitsfront ausgesprochen. Ein weiterer Redner der SPD, Günter, hat sich im gleichen Sinne.

### Redner der unabhängigen Delegierten

Genosse Stephan (Birma): Wir leben, das wir von unseren Führern orientiert und versorgt worden sind. Im Auftrage der Metallarbeiter-Kommision, die heute erklärt, daß man die Zeitigen Parteileitung unter Abreise verhindern wollte, durch den Fort- kommen wollten wir benehmen, daß wir den Kampf für die Ein- heitsfront weiterzuführen wollen.

Genosse Schöler (Niederbühl) verurteilt das Vorgehen Ditt- manns und die heutige Konferenz als einen Parteitag der Kom- munisten beschließen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprach sich über die Einbindung der Gebirge und der Wälder zur Einheitsfront. Mit großem Nachdruck verlangten die Redner, wenn die Einheitsfront mit den Führern nicht möglich sei, dann müsse sie ohne die Führer her- gestellt werden. Die Delegierten würden auf alle Fälle bei der Berücksichtigung in den Betrieben dafür sorgen, daß die Feinde der Einheitsfront beseitigt und die Geschlossenheit der Arbeiter- klasse ermöglicht werde. Es sei eine Schande, wenn immer wieder in Konferenzen die Spaltung ohne betrieben würde, während unten in den breiten Massen, die Rot und das Land zum einzigen Handeln bringen.

Nach einem kurzen Schlüsselwort des Genossen Hedert wurde die Konferenz zur Annahme:

### Die Konferenz der Betriebsdelegationen und die Auflösung der Reiner-Kommision

Die am 25. Mai in den „Sophienböden“ in Berlin versammelten Betriebsdelegationen aus verschiedenen Teilen Deutschlands haben von den Delegierten ihrer Betriebe den Auftrag er- halten, von der Reiner-Kommision die sofortige Einbindung der Arbeiter-Wellingtons zu fordern. Die Reiner-Kommision ist aber aus- aus- abgefahren, weil die 2. Internationale trotz der Parteien, abgelehnt hat, den Arbeiter-Wellingtons abgelehnt hat. Seit zu einem bestimmten Termin einzuberufen und dabei keinen Widerstand leistens der Internationale 2 1/2. Die Dele- gierten erkennen an, daß in der Erklärung der Vertreter der 2. Internationale in der Reiner-Kommision keine Bedingungen enthalten sind, die eine sofortige Einbindung des Reichs- gebietes hätten verhindern können.

Durch die Auflösung der Reiner-Kommision ist es den Dele- gationen nicht möglich, ihren Zweck unmittelbar zu erreichen, zumal die Vertreter der Internationale 2 und 2 1/2 es abgelehnt haben, trotz mehrmaliger Einladung, vor den Betriebsdele- gationen Bericht zu erstatten und der Einheitsfront einen ver- einigten Bericht zu erstatten. Die Reiner-Kommision wird nicht mehr beschickt, müssen die Epochenorganisationen der Arbeiter- parteien und Gewerkschaften durch den festen Willen der Arbeiter in den Betrieben gewonnen werden. Die Burgfriedenspolitik mit dem Rat der Reiner-Kommision ist abzulehnen. Die Ein- heitsfront ist zu fordern, keine einflussreichen Parteikonferenzen einzelner Parteien, sondern einen maßvollen Reprä- sentationskongress sofort einzuberufen.

Berlin, den 25. Mai 1922.

- Für die KPD.: Gen. Otto Hermann (Leipzig).
  - Für die USPD.: Gen. Siegfried Hädel (Birma).
  - Für die USPD.: Gen. Gieseler, Max Schmidt, A. Stephan, W. Hill.
  - Für die SPD.: Gen. Wolf Schellenberg.
- Diese Resolution wird im Auftrage des Kongresses den drei

# Der Reichstag gegen seine Angekligten

## Reichstagsagung am 26. Mai 1922

Der Senat des Reichstages

### Das Ende des Metallarbeiterstreiks

(Eigener Drahtbericht)

Die Verhandlungen zwischen den württembergischen Metallin- dustriellen und den Vertretern des württembergischen Metallarbeiter- Streiks haben am 26. Mai in Stuttgart einen glücklichen Aus- gang gefunden. Die Verhandlungen sind nach einem dreitägigen Aufenthalt in Stuttgart am 26. Mai in Stuttgart zu Ende gegangen. Die Verhandlungen sind nach einem dreitägigen Aufenthalt in Stuttgart am 26. Mai in Stuttgart zu Ende gegangen.

Die Verhandlungen zwischen den württembergischen Metallin- dustriellen und den Vertretern des württembergischen Metallarbeiter- Streiks haben am 26. Mai in Stuttgart einen glücklichen Aus- gang gefunden. Die Verhandlungen sind nach einem dreitägigen Aufenthalt in Stuttgart am 26. Mai in Stuttgart zu Ende gegangen. Die Verhandlungen sind nach einem dreitägigen Aufenthalt in Stuttgart am 26. Mai in Stuttgart zu Ende gegangen.

In Frankfurt-Hessen haben die Metallarbeiter ebenfalls mit etwa 80 Prozent die für die Einheitsfront getroffenen Verein- barungen angenommen. Die Einheitsfront ist in Württemberg das Ende erreicht. Die Einheitsfront ist in Württemberg das Ende erreicht.

### Der Streik in der Holz- und Holzwarenindustrie

Der Streik in der Holz- und Holzwarenindustrie, der etwa 40 000 Arbeiter umfaßt, ist durch Verhandlungen beendet. Die Verhandlungen gehen dahin, daß für den Monat Juni eine Gehaltserhöhung zugesagt werden soll, während für den Monat Mai die Forderungen der Arbeiter abgelehnt wurden und es bei den Vorschlägen der Unternehmer blieb.

Damit ist wieder ein großer Kampf mit einem völlig ungenü- genden Ergebnis für die Arbeiterklasse zu Ende. Dieser Mißerfolg ist um so unerwünschter, als gerade die mitteldeutsche Zettlei- industrie außergewöhnlich stark beschäftigt ist. Ohne Zweifel wäre es nicht allzuwahrscheinlich gewesen, den Kampf mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter zu beenden, wenn die Gewerkschafts- leitung sich nicht, unter Festhaltung an dem starren Prinzip des Einzelkampfes, geweigert hätte, den Kampf auf eine breitere Basis zu stellen.

### Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre

Kostan, 25. Mai. Anlässlich des bevorstehenden Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre finden in Kostan und in zahlreichen Städten Sowjet-Rußlands Arbeiterverhandlungen statt, um gegen das Verhalten der Sozialrevolutionäre protestiert und ihre strenge Bestrafung verlangt wird. Auf die wehrfähigen Arbeiter und roten Soldaten haben Sozialrevolutionäre angenommen, die eine heftige Bestrafung der Sozialrevolutionäre fordern.

Kostan, 26. Mai. (Kostan-Wien.) Der Führer der 2. Inter- nationale, Kanderweide, ist zusammen mit den anderen Vertretern der angeklagten Sozialrevolutionäre, Rosenfeld und Theodor Liebsteht, Donnerstag, den 25. Mai, in Kostan angekommen.

### 300 politische Gefangene im Hungerstreik

Was Lirin wird gemeldet: 300 politische Gefangene, die sich in Florenz im Gefängnis befinden, sind in den Hungerstreik getreten, als Protest gegen die unerhörte Verhinderung ihres Ver- fahrens durch die Gerichtsbahnen. Wie erwidert, daß die Inter- nationale 2 und 2 1/2 sofort die gefangenen Proleten für die im Rechte lebenden Proleten in die Welt setzen. Aber ist den Herzen der Roten ausgegangen, aus Entrüstung über das Schicksal der sozialrevolutionären Wehrgeharn in Rußland?

### Die polnische Justizbestie wütet

79% Jahre Zuchthaus — gegen Arbeiter

Die polnische bürgerliche Presse meldet: Im großen Kommu- nistenprozeß in Lublin sind nach 14tägiger Verhandlung 25 Angekligte, darunter 8 Frauen, zu Zuchthausstrafen verurteilt worden. Die von insgesamt 79% Jahren verurteilt worden. Die Angekligten befinden sich seit dem Sommer 1920, als der Sozialist Dajnski Ministerpräsident war, im Gefängnis. Das Sozialisten- bild bracht während der Dauer des Prozesses seine Verdächtig- ungen über den Gang der Gerichtsverhandlungen, begnügte sich nur mit der Mitteilung des Urteils.

### Einer der Mörder Rosa Luxemburgs vor Gericht

Berlin, 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Vor dem III. Straf- hammer des Landgerichts wird am Dienstag nochmals die bestialische Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts aufgerollt werden, und zwar hat sich wegen Verleumdung der Leutnant Krauß in der Kitzbühler-Gasse zu verantworten, der am 15. Januar 1919 die Uhr der erschlagenen Rosa Luxemburg genommen hat. Soll.

# Der Reichstag gegen seine Angekligten

## Reichstagsagung am 26. Mai 1922

Der Senat des Reichstages

Die schädige Sozialpolitik des Deutschen Reiches kommt klar und eindeutig in dem Etat des Reichsparlaments zum Ausdruck. So- wohl Arbeiter und Angekligtenüberzeugungen in Frage kommen, das sollen die notwendigen Schritte des Glatts wieder eingeleitet. Im mündlichen Bericht beantragte der Reichstag, der Demokrat P a g n i d e, nur eine Herabsetzung um 100 000 M. für die Unterfertigten der nichtbeamteten Kräfte. Genosse S t e i n n a m nahm sich als einziger im Hause — ohne seiner Wort- erklärung nicht zu einer Begründung überkommen zu werden — des Arbeitspersonals des Reichstages an. Er beantragte eine Herab- setzung um 100 000 M. für die Unterfertigten der nichtbeamteten Kräfte. Die Erhebung einer Miete für die Beamten des Reichstages durch nichtparlamentarische, private Abfertigung 2. Die Gewährung des Höchstlohns an solche Angekligte, die im vorgerückten Lebensalter, oft sogar erst nach befristigjähriger Dienst- zeit in den Beamtenberufen überkommen zu werden und nur 8 bis 14 Dienstjahre angedient erhalten. 3. Die Herabsetzung der Unterfertigten a) für Beamte von 20 000 M. auf 14 200 M. b) für Hilfskräfte von 10 000 M. auf 6 000 M. c) für Beihilfen an ausgeübte Beamte und Hilfskräfte während der stüngen- freien Zeit bei einseitiger Arbeitsunfähigkeit von 150 000 auf 820 000 M. Der noble Reichstag bewilligte nämlich in- dividuelle Scheiterfrauen nach mehr als zehnjähriger Dienstzeit ganz 350 Papiermark im Monat. Weiter forderte Genosse S t e i n n a m die Verdrängung des Beirates für den Wirtschaftsbetrieb des Reichstages auf 60 000 auf 1 500 000 M. Während die Reichstags- beamteten, solange die Hofbetriebsgeschäfte des Reichstages, schaft betrieb, immer sehr weit entgegenkam, mochte sie es, dem jetzigen gemeinschaftlichen Genossenschaftsbetrieb dieselbe Summe anzubieten, die die Gesellschaft am 1. April 1921 bekam, und zwar, obwohl seitdem der Dollarpreis von 82 auf 300 gestiegen ist, sich also vermindert hat und der Lohn für die Geschäftsführer von 550 auf 100 M. pro Woche gestiegen ist. Durch diese Politik war die Genossenschaft nicht in der Lage, ihrem Personal den fälligen Lohn zu zahlen. Weiter beantragte der Genosse S t e i n n a m, daß der Reichstagsdienstleistungen während der Ferien die Hälfte des tarif- mäßigen Lohnes weitergehört werden soll. Weiter beantragte der Herr von S c h l i e b e n h u t e durch abholatorische Kräfte die kom- munistischen Forderungen abzuwürgen. Und der Berichterstatter, der famole Demokrat P a g n i d e, glaubte die Ablehnung dieser Anträge durch rechtlicheren sollen zu müssen, weil sie nicht im Einklang mit dem Reichstagsgesetz stehen. Die Genossenschaft S c h m i d t (Weihen) erklärte, daß seine Partei für unsere Anträge stimmen werde, tat seine Forderung gleich darauf das glatte Gegen- teil.

Die höhere Anrechnung der vor der Anstellung liegenden Dienst- zeit wurde angenommen. Soweit lang es bei der SPD nach- Dagegen stimmten die Reichstagsbeamten im Reich mit dem Abge- ordneten gegen die Anträge auf Fortdauerung des halben Lohnes an die Reichstagsbeamten während der Parlamentarier, gegen die Herabsetzung der Unterfertigten für die Beamten und für die Beamten, gegen den kommunistischen Antrag für die Unterfertigten. Der Antrag auf Erhöhung der Beihilfen für die ausgeübten er- werbsfähigen Hilfskräfte und gegen die Erhöhung des Zu- schusses für die Galtwirtschaften in der Reichstagswirtschaft.

### Wohnungsnot und Wohnungselend im Preussischen Landtag

In dem fortgesetzten Debate über den Etat des Wohlfahrtsmini- steriums hat der Preussische Landtag am Freitag zum Schluß mit „Wohnungsnot“. Das Haus brachte nur wenig Interesse auf. Eine Million Wohnungen fehlen unabweisbar in Deutsch- land zur Beseitigung des dringenden Bedarfs. Berlin braucht 140 000, Breslau 48 000, Köln 22 000, Halle 11 000.

Die Unzulänglichkeit aller bisherigen Maßnahmen, zu bezweifeln die auch dem kontrotierten Staatseisen mögen, wird offenbar durch die Tatsache, daß ein Regenerationsgesetz gegen die Wohnung- not, die genaue Zahl der erforderlichen Wohnungen zu wissen sei beson- ders wichtig, weil nicht entfernt so viele Mittel aufgebracht werden können, wie zur Deckung des Wohnungsdefizits gebraucht werden.

### Die ganze öffentliche Wohnungsnotfrage gliedert auf Kosten der breiten Massen.

Der Staat gibt Milliarden aus als Lebenserhaltungsmittel. Geld hat er nicht; er muß pumpen. Die Zinsen zieht er aus Steuern, die feinstehenden Klassen zum größten Teil von den arbeit- enden Massen aufgebracht werden. Die Städte kaufen sich um den größten Anteil. Landräte, Bürgermeister und Abgeordnete ver- antworten Projekten zu den Verteilungsstellen. Aber jodelt sie auch erheben — es lang nicht hin und nicht her. Den Gemeinden borgt der Kapitalist schon längst kein Geld mehr für die Zwecke des Wohnungsbau; das sind „unproduktive Ausgaben“ nach jenem Begriff. Also ziehen die Gemeinden die Steuerhebel an. Der Staat beschließt die Wohnungsbauausgabe, die brutalste aller Mittelweihen. Die Gemeinden nehmen ihre Zustufung zu besonderen Zuschüssen. Das Ende nun Dede ist:

### Die Arbeiter bezahlen die Kosten der öffentlichen Wohnungsnotfrage erneut als Mieter.

Das Wohnungsnotgesetz antwortet den Wohnungswunder. Der Mieter muß nicht nur das Dreifache der Friedenensmiete zahlen, sondern er hat auch noch das Extrazugruigen, dem Haus- besitzer aus der Grundbesitz, seine zusammengeschuldeten Miet- talern durch Reparaturmaßnahmen vor dem Verfall zu schützen. In Halle wird dazu allerhöchste Zeit, denn einige Dutzend Häuser hat dort die Genossenschaft S t e i n n a m ausfinden die Sozial- neuerdings geordert, da man den Grundbesitzer, in M a g d e b u r g kaufen will Familien aus leben Köpfen bestehend, darunter einem überflüssigen Mann, in einem Refektorium. In Berlin, Greifswalder Straße 29, flieht aus geflüchten Köhnen der Markt über Treppen und Flure in die Wälder. In Köln befehlt ein Arbeiter, dessen Frau niederkommt, einen ehemaligen Führerfall als Wohnung. In Düsseldorf verjulen den Bewohnern stüt- tischer Baracken die Matrizen in den Betten.

### Schändliche Zustände überall!

Wie in der Stadt, lo auf dem Lande. Im Kreis C a s a n haun acht Personen in einem Raum, wohnen, schlafen und laden. In R a u d o r f (heim C e m m e r) sind in eine Zweimann-Wohnung zwei Familien mit zehn Köpfen eingepfercht. Im gemein- samen Schlafraum wird eine Frau entubend vor den Augen der halbwüchsigen Kinder der anderen Familie. ... Während der Deutschnationale D a l m e r durch seine Schärfe- macherei gegen die Regierungspolitik der Wohnungsnot den politischen Stempel aufdrückte, bildete sich merkwürdigerweise der USPD-Mann B o d e h o d ein, die Wohnungsfrage sei abseits vom politischen Kampf zu lösen (!). Er treute sich über den Zentrum- Wohlfahrtsminister, der diesem Wunschigen Ausdruck gegeben hatte und hofft am Schluß sogar, daß seine Forderung mit der Haltung der Regierung werde einverstanden sein können.

Die Kommunisten — für die Genosse S t i t a n, der sich auch für die Zuwendung besonderer Staatsmittel an Mitteldeutschland im- gestellt hatte, sprach — haben nicht die Erwartung, daß der bürger-





Halle und Saalkreis

Halle, den 27. Mai 1922.

Kulturkampf oder Klassenkampf?

Zur Elternratswahl

Am 11. Juni finden in Halle die Elternratswahlen statt. Der Kampf der Eltern seit vielen Jahren...

Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, wie notwendig die Befreiung der proletarischen Hirne...

Von individuellen Ausnahmen abgesehen, gilt die Regel: Der proletarische Kopf...

Allein die Forderung ist hier zu legen auf die Forderung der Mittel zur Bekämpfung der klerikalischen Verlogenheit...

Und auch unsere kulturpolitischen Forderungen nach äußerer und innerer Säuberung...

Wird der Schulreaktion, um Arbeiter für sich einzufangen, in der Hauptrolle die Religion...

Der Wahlkampf muß daher in diesen entscheidenden Wochen über alle Fragen vorankommen...

„Sawirtschafts“

Unglaubliche Zustände in den Hildebrandshöfen Mühlenwerten

Die Profithaus des Unternehmers kennt keine Grenzen. Besonders arg treiben es die Hildebrandshöfen Mühlenwerke...

Die Situation ist äußerst günstig. Die Firmen mit 231 Beschäftigten haben bereits am Freitag den Landesvertrag...

Wir wollen nicht verkennen, daß die Mühlen in den Monaten von Ende Mai bis zur neuen Ernte...

Es ist schon ein Verbrechen, alle die alten Arbeiter, die 30 und 40 Jahre...

Wie uns von Arbeitern berichtet wird, harzt die Mühle jetzt schon voller Genuß...

Wir fordern daher, da hier ein öffentlich-gesundheitliches Interesse in Frage steht...

Der beleidigte Reichswehrminister

Bekanntlich wurden in den Jahren nach der Revolution die Eisenbahnen von allen möglichen und unmöglichen...

Die Verhandlung war aber ein glänzender Reinfall des Reichswehrministers...

Zum Streit der Bau- und Möbelschlichter ist folgendes zu berichten: Am 27. Juli 1921 wurde zwischen dem Arbeitgeberverband...

Die Kollegen sind jedoch anderer Meinung. Sie beschloßen am Freitag früh einstimmig...

Die Situation ist äußerst günstig. Die Firmen mit 231 Beschäftigten haben bereits am Freitag den Landesvertrag...

Die Kollegen sind jedoch anderer Meinung. Sie beschloßen am Freitag früh einstimmig...

Die Situation ist äußerst günstig. Die Firmen mit 231 Beschäftigten haben bereits am Freitag den Landesvertrag...

Die Kollegen sind jedoch anderer Meinung. Sie beschloßen am Freitag früh einstimmig...

Die Situation ist äußerst günstig. Die Firmen mit 231 Beschäftigten haben bereits am Freitag den Landesvertrag...

Die Kollegen sind jedoch anderer Meinung. Sie beschloßen am Freitag früh einstimmig...

zweiten Abführung von Hermann Hüter, ebenfalls als Ballade gelungen. Auch das Volkslied ist auf dem Programm...

Arbeiter-Wohnungsanstalt. Für die Aufführung der Oper „Lieland“ am Montag, dem 29. Mai...

Volkskap. Heute abend im großen Saale Haller der Hölzer und Konbitorer. Morgen großes Konzert...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

Freie Volkshilfe. (Halla-Theater.) „Die Felle“. Anfang 8 Uhr. Spielplan: C. Montag, den 28. Mai...

# Aus der Provinz

## Die Arbeiter fordern den Weltkongress

Die Arbeitererschaft steht sich in der Sabotage der „Führer“ jener 2. und 3. Internationale zwar genarrt, aber sie fordert gerade darum den Arbeiter-Weltkongress.

Die Beschlüsse des Generalrats des I. A. (Weltkongress 1920) fordern die sofortige Einberufung des Arbeiter-Weltkongresses, um den angelegten Verhältnissen, die die Arbeitererschaft zum Ruin reißt, Einhalt zu tun.

**3. A. der Weltkongress: Ökonom Müller.**

Dieser gleichen Forderung schloß sich die Gesamtarbeitererschaft des Dittscholdtschlag an.

## Wichtig für die Elternbeiratswahlen

Aus der Wahlordnung für die Elternbeiratswahlen ist folgendes von allgemeinem Interesse:

1. Der Schulleiter stellt die Listen der Wahlberechtigten auf und legt die regelmäßig stattfindenden Wahlen vor der Wahl zwei Wochen lang zur öffentlichen Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist gestattet, von der Wahl die Absicht zu nehmen.
2. Ferner ruft der Schulleiter im Einvernehmen mit dem bestehenden Elternbeirat in der Regel zwei Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. In dieser hat der Schulleiter die Satzungen des Elternbeirats und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekanntzugeben, zur Einreichung von Kandidatenlisten aufzufordern und den Termin für eine spezielle Elternversammlung festzusetzen. Diese erfolgt in der Regel zwei Wochen vor der Wahl. In ihr sind die gleichen Bestimmungen zu wiederholen und durch Jurale oder Abstimmung ein aus mindestens drei Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen.
3. Die Kandidatenlisten sind spätestens am 10. Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen jede mindestens fünf Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirats zu wählen sind und müssen mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen, bei Schulen der Schulsystemen von über 500 Kindern 20 Unterschriften.

Soweit die amtlichen Vorschriften. Da die Wahlen in den nächsten Tagen und Wochen stattfinden, müssen die Kandidatenlisten überall hinreichend an den Wahlvorstand eingereicht sein. Für Schulen unter 500 Kindern genügen zehn Unterschriften. Nun, Eltern, an Wert, damit die Anhänger der freien Schule alle ihr Wahlrecht ausüben, und die Wahl zeigt, daß überall wirkliche Schulen unbedingt eingerichtet werden müssen.

**Lut Euerer Pflicht!**

## Die neuen Postgebühren

### Ein Brief 3 Mark, ein Telegramm 15 Mark

Der Reichstag beriet die neuen Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren. Das Preisverbot im Dezember wird für Briefe bis 20 Gramm auf 3 Mark, ermäßig über 20 Gramm bis 100 Gramm beträgt es 2 Mark und über 100 Gramm bis 200 Gramm 3 Mark. Im Fernverkehr wird das Preisverbot bis 20 Gramm auf 3 Mark erhöht, für Briefe über 20 bis 100 Gramm auf 4 Mark und solche bis 250 Gramm auf 5 Mark. Die Postkarte soll künftig im Fernverkehr 1,50 Mark kosten, dagegen im Ortsverkehr, wie jetzt, 75 Pf. Für die Druckgebühren fällt die bisherige Sondergebühr weg, sie unterliegt der Gebühr für Druckladen bis 20 Gramm. Bei Druckladen bis 20 Gramm bleibt das Porto von 50 Pf. unverändert, die weiteren Stufen sind 75 Pf. bei 20 bis 50 Gramm, 1,50 Mark bei 50 bis 100 Gramm, 3 Mark bei 100 bis 250 Gramm, 4 Mark bei Druckladen bis 500 Gramm und 5 Mark bei 500 Gramm bis 1 Kilogramm. Für Nachschicken, auf deren Sondergebühr Größe oder ähnliche Vorschriften mit höchstens fünf Werten niedergebühren sind, wird das Porto von 40 auf 50 Pf. erhöht; für das Geschäftspapier bis 250 Gramm von 2 Mark auf 3 Mark, bis 500 Gramm auf 4 Mark, bis 1 Kilogramm auf 5 Mark; für Warenproben bis 250 Gramm wird das Porto ebenfalls von 2 auf 3 Mark erhöht, für 250 bis 500 Gramm von 3 Mark auf 4 Mark. Für sogenannte Hochsendungen wird bis zu 250 Gramm künftig statt 2 Mark 3 Mark erhoben.

Die Telegraphengebühr wird beim gewöhnlichen Telegramm auf alle Entfernungen auf 1,50 Mark, für jedes Wort bemessen, mindestens jedoch ein Ferntelegramm 15 Mark. Im Ortsverkehr sollen 1 Mark für jedes Wort erhoben werden. Mindestgebühren 10 Mark. Die Fernsprechgebühren werden am 1. Juni 1922 auf 4 Mark für sogenannte Hochsendungen und bis zu 250 Gramm künftig statt 2 Mark 3 Mark erhoben.

## Selben

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung fand am 28. Mai im Volkshaus. Genosse Seiffel (Hinterfeld) sprach über die Bedeutung der Arbeiterbewegung. Er zeigte in verständlichen Ausführungen die Ursachen unserer wirtschaftlichen Not, die wirtschaftliche Triebkraft, die zum Krieg führte und die Folgen des Versailler Friedensvertrages. Die Arbeiterklasse müsse den sofortigen Arbeiter-Weltkongress fordern. Es kann nur eine Besserung für die Arbeiter eintreten, wenn die kapitalistische Wirtschaftsschranke beseitigt ist. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. Eine Aussprache fand nicht statt. Genosse Treßdorf wies auf die Arbeiterpartei und die politische Organisation hin. Auch der politische Inhalt wurde beachtet. Durch eine Telefonanfrage wurden

180 Mark für die „Rote Hefe“ gesammelt. Die Besammlung war ein großer Erfolg für die kommunistische Partei.

## Eilenburg

Zu den Fleischvergiftungen wird gemeldet, daß am Freitag die Vergiftung eine Kommission nach Eilenburg entsandt hatte zur Untersuchung der Angelegenheit. Es ist folgendes festgestellt worden: Das Fleisch kam von drei unterschiedlichen Herten eines Fleischers in Dornitz. Das Fleisch selbst ist von dem hiesigen Fleischhändler Adernann in der Hauptstraße als Hackfleisch vom 19. Mai an in den Verkehr gebracht worden. Nach Genus dieses Fleisches sind bis heute 60 Personen erkrankt, von denen vier, zwei Frauen und zwei Kinder, gestorben sind. Als Erkennungsurkunde ist einmündiger der Genus von Fleischfleisch, in dem Paraphrasen nachgewiesen worden sind, festgestellt worden. Die noch vorhandenen Vorräte von Fleisch sind in der Fleischerei durch eine Desinfektion für den menschlichen Genus unbrauchbar gemacht worden. Es wird weiter gesagt, daß man die Bakterien nicht nach dem Aussehen des Fleisches feststellen konnte und auch dem Fleischhändler sei es nicht immer möglich, das Vorhandensein von Paraphrasen festzustellen; das könne nur durch eine komplizierte bakteriologische Untersuchung geschehen. Derartige amtliche Besichtigungsaktionen können nur zur Genüge; weichen Jand für haben, weiß jedermann. Auf alle Fälle muß aber gefordert werden, daß Maßnahmen getroffen werden, die solche Vorkommnisse so gut wie völlig ausschließen. Es handelt sich bei den Erkrankungen um arme Leute, die nicht genügend Geld haben, um sich gut, gesunde Schweinsteaks kaufen zu können. Sie sind auf das minderwertige Fleisch angewiesen. Das darf jedoch kein Grund sein, mit sanitären Maßnahmen zu sparen. Etwa 60 Kranke und vier Tote sind bis jetzt zu verzeichnen. Wer trägt die Verantwortung? Wer ist der Schuldige? Diese Fragen soll es zu unterliegen!

## Dornitz

Vergiftung. Eine ganze Anzahl von Personen isten hier, nach dem Genus von Fleischfleisch, das imhushischen Begleiterscheinungen gehabt haben soll, schwer erkrankt. Auch aus Eilenburg, wohin das Fleisch von hier geliefert wurde, melden höhere Erkrankungen und sogar vier Todesfälle gemeldet. In dem Fleischfleisch, das in Eilenburg verkauft und genossen wurde, ist der Tapphewalt einmündiger festgestellt. Wir fragen, wo kommt denn das Fleisch hin, wo früher, das minderwertige ist und auf die Freiheit geht? Oder sind die Preise für minderwertiges Fleisch zu niedrig, daß die Gesellschaft nicht bestehen kann, denn heute wird alles für gut verkauft. Wer denn dieser Räuber von Fleisch aus Dornitz ist? unterliegen!

Rechtsanwaltlich hat der rechtsfähige Teil: Louis Treßdorf, für seinen Sohn in Eilenburg, und Verleg: Volkshausverlag, für den Verlag: Louis Treßdorf, E. G. m. b. H., Eilenburgstraße 14, Wittenberg, Eilenburg.

# Genossen, taucht nur bei den „Klassenkampf“-Inferenten!

Einem geehrten Publikum zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das

### Dittscholdtschlag

Klempnerstr. 14 (Ecke Lindenstr.)

von Herrn Paul Rittner übernommen habe. Empfehle prima Sandwurst, Ostf., Gemüse, Materialwaren, Schokolade und Zigaretten, sowie alle Sorten Breien und bitte um günstigen Zuspruch.

Postfach 2271

### Mag Neumann.

Im Zentrum

### die Schokolade

Großhandlung

### BACHRANG

MARKT 6

VERLEIHAFTE BEZUGSQUELLE FÜR WIEDERVERKAUF.

### Für Partei-, Sommer- und Kinderfeste

empfehlen:

Bücher und Broschüren zu Bücherbestellungen, Sammlungen, Geschenken, Regalbüchern, Regalbüchern, Regalbüchern, Regalbüchern.

Bestellungen bitten wir möglichst zeitig aufzugeben.

### Bezirks-Zentralbuchhandlung,

Halle (Saale), Berghelmsstr. 14, und Filialen.

### Berlobungsringe,

besizes feinsten, ohne Zinnlegierung, Gold 980, 950, 750 und 500 geliebt. Gestatten gratis.

2276

Nur bei

### U. Weiß,

Halle a. d. S., Kleinmiedel 6, gegenüber Altmühlstr. 2276

### Elektrische Licht- u. Kraftanlagen

führt sachgemäß aus, sowie Licht- u. Kraftanlagen

### Reiffers & Fröhlich,

General 4891, Halle a. S., Steinweg 4.

### Jugendchriften, Modezeitungen

empfehlen die

### Volkshausbuchhandlung.

### Denkt an die freiwillige „Klassenkampf“-Spende!

### Arbeitsmarkt

### Feuerungs- und Schornstein-Maurer

für größere Anlagen gesucht

### Hermann Wäde,

Leinziger Straße 87. 304

### Maurer

für Baustellen im Geiseltal werden eingestellt

2267

### Georg Körber, Meister,

Friedrichstraße 37-39.

### 2 tücht. Maschinenbohrer

### 1 Hobler, auf schwere Arbeiten

### 1 Stanzer

zum sofortigen Eintritt gesucht.

### Baul Schred,

Fabrik für Bahnbedarf, Suttentstraße 93. 2269

### Metallarbeiter.

Zehling, ältere Dreher, Holzschleifer, Hobler, Bohrer, Schleifer, Holzlegger, Schmiedler, Pressschleifer, Heilungsmonteur, Schlosser für Maschinenbau und Eisenkonstruktion, Heilermeister und Schlosser für landwirtschaftliche Maschinen (Getriebebau) sucht

1453

### Städt. Arbeitsamt, Halle,

Vermittlung für das Metallgewerbe, Großer Berlin 14, Zimmer 2, Fern. Magistrat.

### Heizungsmonteur

durchaus selbständige, ältere, sofort gesucht.

432

### Sahne & Co., Drogenhandl. 12.

### Labero

Strimml-, Senf-, Salzwasser-, Goldpulver

352

### Modernes Theater

14 aussergewöhnliche Kunststücke.

11. Dienstag, den 30. Mai: Ehrenabend für den Komiker Richard Schulze.

2265

### Stets das Preiswerteste!

Wandervertrieb, Dauerwilde-Betrieb

Kl. Berlin 2.

### Leder-Schäfte

in bester Ausführung

### F. Noack

Halle (Saale) Leipziger Straße 16

### Aufgepaßt!

Neu-Alt-Verkauf, alle Art Kleider, außer Billig u. Garantie. Spezial-Verkauf, Berlin 383

Kauf, Umkauf, 3. Kostr. 3, 1. Boden

### Bekanntmachung.

Der selbständige Dienstmann Max Ehrhardt ist, wie im Anzeiger an ihn zu sehen glaubt, nicht aufgefunden, sie können zwei Wochen lang Gewerbekommissionariat, Dresdenstraße 4, Zimmer 109, geltend zu machen, ansonsten über den künftigen Eiderbetriebsvertrag verhandelt werden wird.

Halle, den 22. Mai 1922.

Die Polizeiverwaltung.

### Max Fricke

Leipziger Str. 69

Telephon 3385, 361

### Silb- u. Gold-Parföflein.

Großes Lager! Billige Preise!

### Bekanntmachung.

Schweinefleisch in Halle. Am 1. Juni 1922 findet in Dresden eine Schweinefleischmarkt. Näheres an den Anzeigern.

Halle, den 26. Mai 1922.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Durch Gemeindeforschung sind mit Zustimmung der Polizeiverwaltung in Abänderung der früheren Bestimmungen die Vorschriften für die Anzeiger der Wertschätzung und der Strafe A geplante Wertschätzungsarbeiten aufgehoben und an der Gemeindeforschung der Wertschätzung in der Wertschätzung und die Strafe A neue Vorschriften festgelegt worden. Nachdem der beteiligte Grundbesitzer die Vorschriften für die Anzeiger der Wertschätzung nicht haben mit den Wertschätzungsarbeiten einmündig festgestellt. Der letzte am 24. Juni 21, einmündig werden.

Halle, den 24. Mai 1922.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Der selbständige Dienstmann Max Ehrhardt ist, wie im Anzeiger an ihn zu sehen glaubt, nicht aufgefunden, sie können zwei Wochen lang Gewerbekommissionariat, Dresdenstraße 4, Zimmer 109, geltend zu machen, ansonsten über den künftigen Eiderbetriebsvertrag verhandelt werden wird.

Halle, den 22. Mai 1922.

Die Polizeiverwaltung.

### Bekanntmachung.

Der selbständige Dienstmann Max Ehrhardt ist, wie im Anzeiger an ihn zu sehen glaubt, nicht aufgefunden, sie können zwei Wochen lang Gewerbekommissionariat, Dresdenstraße 4, Zimmer 109, geltend zu machen, ansonsten über den künftigen Eiderbetriebsvertrag verhandelt werden wird.

Halle, den 22. Mai 1922.

Die Polizeiverwaltung.

### Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwan

bestes im Gebrauch billiges u. bequemstes Waschmittel überall zu haben

### Gummi

Absätze u. Sohlen zum Selbstverleihen billiger und haltbarer als herkömmliche.

5. Ferner, 2274

Waren-Reparatur-Werkstatt, Gr. Steinstraße 55 (gegenüber Barthelstraße)

### Verlobungs-Ringe.

Ein Fabrikation, daher billige Preisgestaltung. Wertvoll mit edelsteinen Steinen.

### R. Wolf,

Gold- u. Juwel-Fabrik, Leipziger Str. 1, gegenüber 2277

Drogerie-Verhandlung, Halle a. S., Kleinst. 2.

### Beloren

wurde am 28. Mai eben gegen 1/2 Uhr von Leipzig a. d. S. abgehend, gegen 1/2 Uhr von Leipzig a. d. S. abgehend, gegen 1/2 Uhr von Leipzig a. d. S. abgehend.

Halle a. S., Kleinst. 2.

### Leinölfirnis

Lacke, Farben, Kreideln, Oelfarben taufen Sie an vorrätigsten in dem

2287

### Farben- und Lackfabrikation Herrenstr. 11

Maack & Co., Farben- und Lackfabrikation, Leipziger 4703.



